

„Mit der Politik im Gespräch“: FDP-Bundestagsabgeordnete Carina Konrad

Seit Jahren fordert der Zentralverband Gartenbau für die Grüne Branche staatlich geförderte Risikomanagement-Instrumente. Das aktuelle Jahr zeigt, dass die Gartenbaubranche nicht nur vor Herausforderungen wie Klimaveränderungen und damit neuen Schädlingen stehen. Wie die Branche aus Sicht von FDP-Bundestagsabgeordneten Carina Konrad politisch unterstützt werden muss, skizziert sie in dem aktuellen Interview.

► ZVG GARTENBAU report:

Frau Konrad, der Gartenbau ist von Wettereinflüssen geprägt. Drei Jahre in Folge machten den Betrieben starke Fröste im Frühling und Hitzeperioden im Sommer zu schaffen. Der ZVG setzt sich seit längerem für Maßnahmen ein, die die betroffenen Betriebe befähigen, sich selbst zu helfen. Wie stehen Sie zu den Forderungen der Branche, die Betriebe bei Mehrgefahrenversicherungen finanziell zu unterstützen?

Carina Konrad:

Die Erfahrungen mit der Einführung von Mehrgefahrenversicherungen haben bereits in anderen Branchen positiv gewirkt. Für die Betriebe ist die Möglichkeit zur einzelbetrieblichen Risikovorsorge nach meiner Erfahrung daher wichtig. Die Voraussetzungen dafür dort zu schaffen, wo es möglich ist, halte ich für eine wichtige Maßnahme, um die Betriebe bei den steigenden Herausforderungen durch den Klimawandel zu unterstützen.

► ZVG GARTENBAU report:

Der Zentralverband Gartenbau hat Anfang letzten Jahres gemeinsam mit der GUB Gartenbau-Unternehmens-Beratungsgesellschaft ein Modell zur Risikoausgleichsrücklage erarbeitet, das im Agrarausschuss präsentiert und diskutiert wurde. Wie bewerten Sie die Notwendigkeit einer solchen Rücklage?

Carina Konrad:

Die Einführung einer wirksamen steuerlichen Risikoausgleichsrücklage ist für die Freien Demokraten ein wesentlicher Bestandteil einer vernünftigen Vorsorgestrategie, die die Betriebe auch im Gartenbau bei den Herausforderungen der Zukunft unterstützt statt sie zu belasten. Wir haben dazu Initiativen in den deutschen Bundestag eingebracht, die leider bisher nicht die erforderlichen Mehrheiten gefunden haben. Wir sind von der Wirksamkeit überzeugt, daher kämpfen wir weiter dafür.

„Eine steuerliche Risikoausgleichsrücklage ist ein wesentlicher Bestandteil einer Vorsorgestrategie.“



Carina Konrad, MdB.

Foto: Ariane Glindemann

► ZVG GARTENBAU report:

Infolge der Klimaveränderungen verändert sich das Schadpotenzial bestehender Schädlinge und es treten neue Krankheiten und Schädlinge auf. Gleichzeitig droht der Verlust wichtiger Pflanzenschutzmittel. Welche Ansätze in Pflanzenschutz, Anbau und Züchtung sind Ihrer Meinung nach nötig, um die Betriebe handlungsfähig zu halten?

Carina Konrad:

Die Verfügbarkeit von organischen und chemischen Pflanzenschutzmitteln muss sichergestellt werden, um die Produktionsgrundlage der Betriebe zu sichern. Die Entwicklung neuer Wirkstoffe muss dazu gefördert und nicht wie derzeit behindert werden. Züchtung muss sich an dem Produkt orientieren, was durch die Züchtung erzeugt wird. Durch die pauschale Ablehnung gentechnischer Verfahren wird derzeit die Möglichkeit auf Einsparungen bei Dünger und Pflanzenschutz verschonkt. Ich bin davon überzeugt, dass es nicht die „eine“ Lösung zu mehr Nachhaltigkeit gibt. Wir brauchen eine Weiterentwicklung aller Möglichkeiten, um die Zukunft der Betriebe in Deutschland zu sichern.

► ZVG GARTENBAU report:

Beim Wirtschaftspolitischen Forum der FDP-Fraktion zur Zukunft der Landwirtschaft beklagten sie eine Agrarpolitik aus urbaner Perspektive. Lässt sich das auf den Gartenbau übertragen und wo sehen Sie die konkreten Auswirkungen? Wie lässt sich diese Diskrepanz auflösen?

Carina Konrad:

Das Image des Gartenbaus ist für den Verbraucher positiv geprägt. Ein wesentlicher Grund dafür ist für mich die Nähe des Gartenbaus zum Kunden und die Möglichkeit, direkter auf Kritik zu reagieren. In einer zunehmend sensibilisierten Gesellschaft steigt die Bedeutung der Kommunikation mit den Kunden. Darauf sollte der Gartenbau schon bei der Ausbildung achten.

Carina Konrad ist seit 2015 Mitglied der FDP und seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages. Im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft ist sie stellvertretende Vorsitzende.